

Inhaltsverzeichnis

Literaturverzeichnis	XIX
Abkürzungsverzeichnis	LXXVII
1. Kapitel: Einleitung.....	1
2. Kapitel: Inhalt, Gang und Zielsetzung der Untersuchung.....	5
A. Die Problemstellung.....	5
B. Die Zielsetzung der Untersuchung.....	6
C. Der Gang der Untersuchung.....	7
D. Die Herkunft der rechtstatsächlichen Erkenntnisse.....	7
3. Kapitel: Unternehmensinterne Ermittlungen als Untersuchungsgegenstand.....	11
A. Begriffsklärung.....	11
B. Die Ausgestaltung unternehmensinterner Ermittlungen.....	13
C. Der Import der Internal Investigations.....	15
I. Herkunft der Internal Investigations	16
II. Die Bedeutung von Internal Investigations im US-amerikanischen Recht	17
1. Die Bedeutung von Internal Investigations im Rahmen der SEC-Verfahren.....	18
2. Die Bedeutung von Internal Investigations im Rahmen der Strafverfahren.....	21
a) Die Bedeutung von Internal Investigations im Rahmen der Entscheidung über die Anklageerhebung.....	22

b)	Die Bedeutung von Internal Investigations im Rahmen der Sanktionierung	24
3.	Rechtspflicht zu unternehmensinternen Ermittlungen nach US-amerikanischem Recht	25
4.	Zwischenfazit	26
III.	Die Auswirkungen der US-amerikanischen Verfahren auf deutsche Unternehmen	27
D.	Unternehmensinterne Ermittlungen als Bestandteil von Compliance	33
E.	Die Beweggründe für unternehmensinterne Ermittlungen und deren Zwecksetzungen	35
I.	Rechtspflicht zu unternehmensinternen Ermittlungen?	35
1.	Verpflichtung des Leitungsorgans im Innenverhältnis zur Gesellschaft	35
a)	Verpflichtung aus der Leitungsverantwortung (§§ 76, 93 Abs. 1 AktG bzw. § 43 Abs. 1 GmbHG)	35
b)	Unternehmensinterne Ermittlungen als Bestandteil einer Compliance-Verpflichtung des Leitungsorgans	37
c)	Verpflichtung aus § 91 Abs. 2 AktG	38
2.	Verpflichtung aus den verwaltungsrechtlichen Überwachungs- und Anzeigepflichten	39
3.	Verpflichtung aus dem ordnungswidrigkeitenrechtlichen Normengefüge	40
4.	Die Berichtigungspflicht des Abschlussprüfers	41
5.	Strafrechtliche Geschäftsherrenhaftung	41
6.	Zusammenfassung	43
II.	Die Anlässe für unternehmensinterne Untersuchungen	43
III.	Kooperation der Unternehmen mit staatlichen Ermittlungsbehörden	47
1.	Gründe für eine Kooperation zwischen Unternehmen und Strafverfolgungsbehörden	47
2.	Das Ausmaß der Kooperation zwischen Unternehmen und Strafverfolgungsbehörden	51
3.	Gefahren der Kooperation für das Strafverfahren	58
4.	Zusammenfassung	60

F. Interne Ermittlungen als Ermittlungen Privater	61
I. Die Zulässigkeit privater Ermittlungen	61
II. Zulässigkeit speziell der unternehmensinternen Ermittlungen.....	65
4. Kapitel: Die Problematik um die Selbstbelastungsfreiheit.....	69
A. Teilnahmepflicht an den Interviews	69
B. Die Auskunftspflicht der Mitarbeiter im Rahmen der Interviews	70
I. Auskunftsanspruch aus §§ 666, 675 BGB (analog).....	70
II. Auskunftsanspruch aus der Schadensabwendungspflicht §§ 611, 241 Abs. 2, 242 BGB	73
III. Allgemeiner vertraglicher Auskunftsanspruch aus § 242 BGB bzw. §§ 611, 241 Abs. 2 BGB.....	74
C. Der Konflikt mit der Selbstbelastungsfreiheit.....	76
D. Der mögliche Eingang in staatliche Strafverfahren.....	78
E. Lösungsversuche.....	86
I. Lösungsversuche im Verhältnis zwischen Unternehmen und Mitarbeitern	86
1. „Materiellrechtliche Lösung“	87
2. „Verfahrensbezogene Lösung“	88
II. Lösungsversuche im Verhältnis zwischen Unternehmen und Strafverfolgungsbehörden.....	90
1. Unterbindung der für das Unternehmen unfreiwilligen Weiterleitung der Erkenntnisse	90
2. Unterbindung der für das Unternehmen freiwilligen Weiterleitung an die Ermittlungsbehörden.....	91
III. Lösungsversuche im Verhältnis zwischen Strafverfolgungsbehörden und beschuldigtem Mitarbeiter	92
1. Beweisverwertungsverbot aus § 97 Abs. 1 S. 3 InsO analog.....	92
2. Beweisverwertungsverbot aus dem Nemo-tenetur-Prinzip.....	94
3. Beweisverwertungsverbot aus dem Grundsatz des Fair-trial.....	95

4. Beweisverwertungsverbot aufgrund fehlender Ermächtigungsgrundlage	96
5. Beweisverwertungsverbot bei rechtswidriger Beweiserlangung	98
6. Grenzen der Lösung durch die Annahme eines Beweisverwertungsverbots.....	102
5. Kapitel: Die tatsächliche Ausgestaltung der Interviews	103
A. Der Umgang mit der umstrittenen Auskunftspflicht des Arbeitnehmers im Rahmen der Interviews	105
B. Die Auskunftsbereitschaft der Mitarbeiter	107
C. Das Instrument der Mitarbeiteramnestie	108
D. Die Ermöglichung der Anwaltskonsultation.....	110
E. Die Protokollierung der Interviews.....	113
F. Die Belehrungen im Rahmen der Interviews.....	114
I. Zur Verbreitung von Belehrungen	114
II. Die Beschränkung von Belehrungen auf formelle Interviews.....	116
III. Der Zusammenhang zwischen Belehrungen und staatlichen Ermittlungen	118
IV. Die Anhörung im Rahmen einer Verdachtskündigung.....	118
V. Zum Inhalt der Belehrungen	119
VI. Analyse der Erkenntnisse.....	122
6. Kapitel: Die Funktion der Verfahrensrechte.....	125
A. Zum theoretischen Bezugsrahmen	126
B. Luhmanns Theorie einer „Legitimation durch Verfahren“	127
I. Die „Selbstverstrickungswirkung“ von Verfahren.....	127
II. Verfahren als soziale Systeme	128
1. Soziale Systeme.....	128
2. Verfahren als soziale Systeme	130

III.	„Legitimation“ durch Verfahren.....	131
IV.	Zur Kritik	134
C.	Operationalisierung dieser Theorie für die vorliegende Fragestellung.....	136
I.	Übertragbarkeit auf durch unternehmensinterne Untersuchungen beeinflusste Strafverfahren	136
II.	Die Operationalisierung des Begriffs der Legitimation für die aktuelle Untersuchung	137
D.	Legitimationsmöglichkeiten bei unternehmensinternen Ermittlungen.....	137
I.	Geringere „Offenheit“ des Strafprozesses bei selbstbelastenden Mitarbeiterauskünften.....	137
II.	Unparteilichkeit des Strafverfahrens	138
III.	Freiheit der Aussage	139
IV.	Mögliche Kompensation durch die Einbindung in die internen Ermittlungen.....	139
1.	Unternehmensinterne Ermittlungen als soziale Systeme	140
2.	Geringere Objektivitätsgewähr der internen Untersuchungen	143
3.	Selbstbindung bei Bestehen einer Auskunftspflicht.....	144
4.	Geringere Freiheit des Mitarbeiters	145
5.	Fehlende Öffentlichkeit.....	145
E.	Die Funktion von Belehrungen	145
I.	Erhaltung der „Offenheit“ des Strafverfahrens	146
II.	Einbindung des Mitarbeiters	146
III.	Offenheit der internen Untersuchung	150
IV.	Unparteilichkeit des Verfahrens	150
V.	Vertrauensbildung.....	151
VI.	Freiheit der Aussage	153
F.	Notwendigkeit einer Annäherung an die StPO?	154
G.	Schlussfolgerungen und Einordnung der rechtstatsächlichen Erkenntnisse	155

7. Kapitel: Lösung der Problematik um die Selbstbelastungsfreiheit	157
A. Die Vorstrukturierung zu Lasten des Arbeitnehmers als mehrdimensionales Problem	157
B. Die Grenzen der jeweiligen Lösungsansätze	158
I. Die Grenzen einer verfahrensorientierten Lösung	158
II. Die Nachteile der Annahme eines Auskunftsverweigerungsrechts	159
III. Der begrenzte Nutzen eines Beweisverwertungsverbots	159
IV. Die Nachteile eines Weitergabeverbots	161
V. Notwendigkeit eines kombinierten Lösungsansatzes	162
C. Die Lösung der Problematik um die Auskunftspflicht	163
I. Die Lösung der Zwangsproblematik nach der aktuellen Rechtslage	163
1. Bestehen und Grenzen einer Auskunftspflicht aus § 666 BGB (analog)	163
a) Zu den möglichen Grenzen des Auskunftsanspruchs aus § 666 BGB	163
b) Der Inhalt des Nemo-tenetur-Prinzips	167
c) Die Betroffenheit des Nemo-tenetur-Prinzips	182
aa) Geltung des Nemo-tenetur-Prinzips in Privatrechtsverhältnissen	182
bb) Der Aspekt des „rechtlichen Zwangs“	184
cc) Zwischenergebnis	187
d) Die Konsequenzen für die Reichweite des Auskunftsanspruchs	187
aa) Die Notwendigkeit einer Differenzierung nach dem Schutzbereich der betroffenen Grundrechte	187
bb) Relevanz der Schutzbedürftigkeit des Arbeitgebers	189
cc) Das Auskunftsverweigerungsrecht in Konstellationen mit Auslandsbezug	193
dd) Einschränkung des Auskunftsanspruchs bei rein repressiv orientierten Untersuchungen	195

ee)	Die grundsätzliche Notwendigkeit einer Interessenabwägung	196
ff)	Zwischenergebnis.....	197
2.	Grenzen einer Auskunftspflicht aus §§ 242, 241 Abs. 2 BGB....	197
a)	Auskunftsanspruch aus der Schadenabweitungspflicht....	198
b)	Allgemeiner Auskunftsanspruch aus §§ 611, 241 Abs. 2 bzw. § 242 BGB	200
3.	Die Friktionen mit der Beweislastverteilung im Kündigungsschutzprozess	200
a)	Grundsätzliche Beweislastverteilung im Rahmen von Kündigungen	201
b)	Die Gefahr einer Umgehung durch materiell-rechtliche Auskunftsansprüche.....	202
c)	Durchbrechung durch Auskunftsansprüche nach §§ 611, 241 Abs. 2 bzw. § 242 BGB?	202
d)	Durchbrechung durch den Auskunftsanspruch nach §§ 666, 675 BGB?.....	204
e)	Konsequenzen für die Reichweite der Auskunftspflichten	206
4.	Auskunftspflicht und § 32 BDSG	208
5.	Auskunftspflicht gegenüber externen Ermittlern.....	212
6.	Die Alternative eines Vollstreckungshindernisses	212
7.	Das Beweisverwertungsverbots als Lösung der Zwangsproblematik.....	213
a)	Die Notwendigkeit der Statuierung eines Verwertungsverbots	213
b)	Zur Frage nach der Reichweite des Verwertungsverbotes.....	215
aa)	Fernwirkung des Verwertungsverbots	216
bb)	Frühwirkung des Verwertungsverbots.....	223
cc)	Berücksichtigungsfähigkeit hypothetischer Kausalverläufe	225
8.	Die Implementierung eines Weitergabeverbots.....	230
II.	Zwischenergebnis	231
III.	Grenzen und Probleme dieser Lösung.....	233

D.	Die Lösung der Problematik um das Wissensdefizit	234
I.	Die Rechtslage de lege lata.....	235
1.	Mögliche Betroffenheit des Nemo-tenetur-Prinzips	235
a)	Die Freiheit vor Irrtum als genereller Bestandteil des Nemo-tenetur-Prinzips.....	235
aa)	Nemo-tenetur als Gewährleistung von Eigenverantwortlichkeit	235
bb)	Das Nemo-tenetur-Prinzip als Schutz vor staatlich manipulierter Selbstbelastung.....	238
cc)	Zwischenergebnis.....	245
b)	Nemo-tenetur und Irrtümer über die Auskunftspflicht....	246
c)	Nemo-tenetur und bewusste Täuschungen über das Bestehen einer Auskunftspflicht.....	247
d)	Zwischenergebnis.....	247
2.	Das Bestehen möglicher Belehrungspflichten.....	247
a)	Belehrungspflichten aufgrund von § 240 StGB?	248
b)	Belehrungspflichten aufgrund von § 132 StGB?	250
c)	Belehrungspflichten aufgrund von § 32 Abs. 1 S. 2 BDSG?	251
d)	Belehrungspflichten aus der arbeitsrechtlichen Fürsorgepflicht	252
e)	Belehrungspflicht gemäß §§ 136 Abs. 1 S. 2 StPO, 163a Abs. 4 S. 2?.....	262
f)	Zwischenergebnis.....	264
3.	Die Annahme eines Beweisverwertungsverbot aufgrund eines Wissensdefizits.....	265
a)	Beweisverwertungsverbot wegen Umgehung des § 136 Abs. 1 S. 2 StPO	265
b)	Beweisverwertungsverbot wegen Verstoßes gegen § 136a StPO	266
aa)	Anwendbarkeit des § 136a StPO auf die Situation der Interviews.....	267
(1)	Bestehen einer vernehmungsähnlichen Situation	267
(2)	Erfordernis der Zurechenbarkeit	267

(a) Zurechenbarkeit aufgrund Duldung oder pflichtwidriger Unterlassung.....	269
(b) Zurechenbarkeit im Falle aktiver Verursachung oder Unterstützung.....	272
bb) Vorliegen einer Täuschung?	274
cc) Anwendung unzulässigen Zwangs?	280
dd) Vorliegen einer unbenannten verbotenen Vernehmungsmethode	280
c) Beweisverwertungsverbot aufgrund privater Ermittlungstätigkeit?.....	281
aa) Beweisverwertungsverbot wegen fehlender Ermächtigungsgrundlage?.....	281
bb) Beweisverwertungsverbot bei „Kontaminierung“ durch private Ermittlungstätigkeit.....	284
(1) Argumentation Hassemer/Matusseks	284
(2) Argumentation des BGH aus BGHSt 46, 1 ff.....	285
d) Beweisverwertungsverbot im Falle rechtswidriger privater Ermittlungstätigkeit.....	287
e) Beweisverwertungsverbot aus Art. 1 Abs. 1 GG.....	289
f) Beweisverwertungsverbot aus dem Fair-trial-Prinzip.....	290
4. Zwischenergebnis	297
II. Grenzen und Probleme dieser Lösung.....	298
E. Notwendigkeit einer gesetzgeberischen Lösung.....	299
8. Kapitel: Zusammenfassung.....	307